

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 650, vierteljährl. M. 1950.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 1950.— einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 25 M. ; Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discoutoges., Zweigst. Wildb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Pettzeile oder deren Raum M. 35.—, auswärts M. 40.—. Reklamezeile 100 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Oerften u. bei Kunstfertigkeit werden jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konturfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 22

Samstag

Wildbad, Samstag, den 27. Januar 1923

Samstag 179

58. Jahrgang

Aufruf der Reichsregierung zur Ruhrhilfe!

Deutsches Volksoffer.

Deutsche Volksgenossen! Im Frieden, entgegen geschlossenen Verträgen, hat der französische Imperialismus das Ruhrgebiet, freies deutsches Land, mit militärischer Gewalt vergewaltigt. Im Rheinland hat er die Schranken durchbrochen, die die Verträge den Besatzungsmächten auferlegten. Darüber hinaus bedroht jetzt das ganze deutsche Land wirtschaftliche Not und Feuerung. Frieden und Recht sind gebrochen. Gewalt und Unrecht sind unseren Volksgenossen angetan, die unter schwerster Last ihrer Arbeit nachgehen wollten.

In jähler Abwehr steht die Bevölkerung der vergewaltigten Gebiete wie ein Mann. Auf Gedeih und Verderb in ihrem Wirtschaftslieben und ihrer Freiheit verbunden, setzen sich Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Beamte im Kampf für das Recht ein.

Neue schwere Not entsteht, schwerer noch als wir sie jemals trugen, Not im vergewaltigten Gebiet, Not im altbesetzten Land am Rhein, Not in ganz Deutschland.

Der Staat wird helfen, wo er kann. Aber vor der Staatshilfe muß eine andere kommen, freier, beweglicher: die Hilfe des Volkes im Volk! Schon haben sich Herzen und Hände aufgeschlossen, um die Leiden zu lindern, den Widerstand für das deutsche Volk zu wahren und der Welt die Kraft Deutschlands und sein Recht kundzutun.

Was Deutschland aufs neue auferlegt wird, verlangt von uns große Opfer. Große wirtschaftliche Verbände haben schon den Hilfsgebanen in ihren Kreisen zur Tat werden lassen. Niemand wird zurückbleiben dürfen, kein Land, kein Alter, kein Stand, kein Geschlecht. Wir wenden uns darum an alle Volksgenossen mit dem Ruf: Empföhnt die kommende Not als die gemeinsame deutsche Not, wehrt sie ab, lindert sie, entsagt dem Luxus und der Heppigkeit, um dem Nächsten zu helfen! Gebt aus dem Ueberfluß, wie aus bescheidenen Verhältnissen, was gesiehet werden kann! Es geht um Deutschlands Dasein und Zukunft, um Recht und Freiheit des Volkes. Gebt deshalb zum „Deutschen Volksoffer“!

Die aufgedrachten Mittel werden von einem Vertrauensauschuß verwaltet und verwendet, der unter dem Vorsitz des Reichsfinanzlers zusammentritt.

Berlin, 24. Januar 1923.

Ebert, Reichspräsident.

Für die Reichsregierung: Reichsfinanzler Dr. Cuno.
Die Regierungen der deutschen Länder.

Aufruf an Arbeitgeber und Arbeiter.

Berlin, 24. Jan. Mitten im Frieden haben französische und belgische Truppen deutsches Land besetzt unter Vorwänden, die niemand in der Welt über die wahren Absichten täuschen. Mitten im Frieden haben sie Belagerungszustand und Kriegsrecht über deutsches Gebiet verhängt. Sie haben Beamte, weil sie, ihrer beschworenen Pflicht getreu, zum Reich hielten, ihres Amtes entsetzt und verhaftet und ihrer Heimat verweisen, Unternehmer, die sich der unrechtmäßigen Gewalt nicht beugen wollten, ins Gefängnis geworfen und vor ein französisches Kriegsgericht gestellt, direkte Eingriffe in Privateigentum vorgenommen und den Willen der freien Arbeiterchaft unter den französischen Imperialismus zu zwingen versucht. Alle diese Versuche sind gescheitert an dem festen Willen aller Schichten der Bevölkerung, die in Treue zum Reich und zum Volk stehen. Alle Deutschen sind mit der Reichsregierung entschlossen, auch weiter für Frieden und Freiheit mit der Waffe des Rechts zu streiten. In diesem Kampf muß unsere Sache siegen. Aber wenn sich auch das Recht durchsetzt, so werden doch von unserem schwergeprüften Volk noch weitere Opfer gefordert. Schwere Not kann hierbei entstehen, sowohl an der Ruhr, als auch im altbesetzten Gebiet und darüber hinaus im ganzen Deutschen Reich. Wir wenden uns an die deutsche Wirtschaft mit dem Aufruf, diese Not als gemeinsame aufzunehmen, abzumenden und zu überwinden, mit dem Aufruf, die Herzen und die Hände zu öffnen für die erste Hinderung, mit dem Aufruf, auch aus fargem Unterhalt zu geben, was möglich ist. Wer viel hat, schuldet viel! Aber es gibt keinen, der nicht auch an seinem Teil Schuldner ist. Wirtschaftliche Not wollen wir lindern und durch

Tagespiegel

In Düsseldorf kam es im Anschluß an den zweitägigen Proteststreik der Reichs-, Staats- und städtischen Beamten gegen die Beamtenverhaftungen zu gewaltigen Kundgebungen. Französische Infanterie und Kavallerie suchten in den späten Abendstunden die Massen vergebens auseinander zu treiben. Die Truppen gingen mit blanker Waffe vor und gaben Schüsse ab.

In Trier fanden große vaterländische Kundgebungen statt. Ueber Trier ist der Ausnahmezustand verhängt worden.

Durch den Ausstand im Schleppamt und Schleifenbetrieb des Rhein-Herrenfelskanals ist der gesamte Schiffsverkehr auf den nordwestdeutschen Wasserstraßen lahmgelegt.

Poincaré teilte in der Senatskommission mit, daß die Kosten der Ruhrbesetzung für die Monate Januar und Februar sich auf ungefähr 45 Millionen Franken belaufen.

solche Taten unseres Volkes Ansehen stärken, um dem Ausland zu zeigen, daß sich unser Volk für Recht und Freiheit mit allen Kräften einzusetzen bereit ist.

Wir fordern daher die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer auf, sofort für diesen Zweck Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Zahlungen nehmen entgegen die Reichsbank und ihre Nebenstellen, sämtliche Banken und Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften unter der Bezeichnung „Ruhrhilfe“ (Abwehr des Einfalls in das Ruhrgebiet). Von den Arbeitgebern wird erwartet, daß sie vorangehend Opfer bringen in Höhe des Vierfachen der von ihren Angestellten und Arbeitern bereitgestellten Beträge. Unternehmer, die eine im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung geringe Zahl von Arbeitern und Angestellten beschäftigen, werden gebeten, ihren Beitrag entsprechend zu erhöhen. Arbeiter, Angestellte und Beamte sollen ihrerseits zunächst den Verdienst einer Arbeitsstunde opfern. Um die Mittel schnell und reibungslos bereitzustellen, wird empfohlen, den entsprechenden Abzügen bei den Lohn- und Gehaltszulagen zuzustimmen. Die Vereinbarungen sind zweckdienlich unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Vertreter der Arbeitnehmer zu treffen.

Die Arbeitgeber werden den Ertrag der gemeinsamen Opfer an die obengenannten Stellen überweisen. Die Verwaltung und die Verwendung der Mittel liegt in den Händen eines Verwaltungsausschusses, der von den Spitze-Verbänden paritätisch zusammengesetzt worden ist. Ueber die Annahme von Spenden und Lebensmitteln ergeht durch die landwirtschaftlichen Organisationen besonderer Aufruf.

Die Spitzeverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Wochenrundschau

So um die Mitte des vorigen Jahrhunderts herum verlegte der Berliner „Kladderadatsch“ über politisch-satirische Zeichner, die man wahre Genies nennen kann. Mit wenigen Strichen entwarfen sie Charakterbilder der führenden Männer, Darstellungen der politischen Lage im großen und kleinen, so klar, so eindringlich, wie es die längsten Abhandlungen nicht fertig bringen konnten. Wenn man heute die Zeichnungen jener künstlerischen Politiker in die Hand nimmt, lernt man die damalige politische Zeit besser verstehen als aus den dickleibigsten Geschichtswerken. Auch damals gab es eine „deutsche Frage“, an der die europäischen Großmächte herumdokterten, bis auf einmal ein Bismarck erstand, der die unehrlichen, eifersüchtigen und habgierigen Quacksalber zum Kukud jagte und die deutsche Frage auf seine, d. h. auf deutsche Art löste. Der Zeichner hat an dem Wert des großen Kanzlers einen gewissen Anteil. Heute nach 60 oder 70 Jahren haben wir leider wieder eine deutsche Frage. Wenn wir dazu auch wieder die deutschen Zeichner hätten, was würden sie wohl für Bilder von der Gegenwart entwerfen? Was sind die „Momentaufnahmen“ in den Bilderbeilagen der Zeitungen, was die eintönigen, einfarbigen oder farblosen oder aber auch einseitig gefärbten Berichte der Nachrichtenbüros? — ein paar geistvoll erfasste Karikaturen würden uns mehr erzählen. Vielleicht beschert uns der Himmel bald solche Künstler, denn jedes Ding und jeder

Mann kommt zu seiner Zeit, und die Zeit für politische Karikaturenzeichner, die belehren, trösten und Wege weisen, verteidigen und anklagen in einem können scheint wieder gekommen zu sein.

Was sich da unten im Ruhrgebiet zurzeit abspielt, das auch nur in annähernd übersichtlicher Weise zu schildern, ist schier unmöglich. Jeder der vielen Orte ist sozusagen eine Geschichte für sich. Der sinnlose, brutale Mißbrauch einer durch fremde Hilfe und abgrundtiefe deutsche Dummheit unverdient erlangten Nachstellung der französischen Barbaren, der trotzige Widerstand des in seinen heiligsten Gefühlen verletzten, mit Zähneknirschen aus traumhafter Selbsttäuschung erwachten deutschen Volkes — diese beiden stehen in einem Kampf um Leben und Tod, moralisch, politisch und wirtschaftlich gesprochen. Was soll man über den Einfall der Franzosen und Belgier mit jetzt reichlich 100 000 Mann in dem urdeutschen Westfalen sagen? Mit nichtigeren Gründen und gewissenloser ist niemals ein Land im Frieden überfallen worden. Politisch will der derzeitige Träger der französischen Politik, Poincaré, Deutschland zerreißten oder doch so ohnmächtig machen, daß das feige, innerlich morsche Frankreich nie wieder etwas von dem deutschen Nachbarn zu fürchten hat. Daneben mag ihn die Eitelkeit treiben, irgendwo ein waffenstrotzendes Heer einen siegreichen Einzug halten zu lassen, nachdem den Franzosen im völlerrechtlichen Krieg nicht vergönnt gewesen war, den von Poincaré versprochenen Einzug in Berlin anders denn als Kriegsgefangene einzumachen. Der wirtschaftliche Zweck des Einbruchs ist die Unterwerfung der deutschen Großindustrie und der Kohlenenergie unter die Macht des Großkapitals in Frankreich. Alles, was sonst von der französischen Regierung oder der Entschädigungskommission vorgebracht worden ist, ist Lüge und Heuchelei. Frankreich hat im Verein mit Belgien den Vertrag von Versailles gebrochen, vorzüglich und in übelster Absicht.

Aber, wird man fragen, der Vertrag von Versailles ist doch, abgesehen von Deutschland, von 27 Staaten unterschrieben worden, — wo sind denn die fünfundzwanzig? Die Herrschaften von Liberia, Siam, Haiti, Monte-Carlo usw. können bleiben, wo sie wollen. Aber England, Amerika, am Ende noch Italien, — sind sie nicht durch ihre Unterschrift für die Einhaltung des Vertrags durch alle Siebenundzwanzig verantwortlich? Gewiß sind sie das. Aber wie kommt es, daß diese Großmächte sich um den Tisch herumdrücken und in „wohlwollender Neutralität“ zusehen, wie Frankreich dem Deutschen Reich „friedlich“ den Hals abzudrehen sucht? In England weiß man wohl, um was es bei der sich immer weiter ausdehnenden Abschneuerung des Ruhrgebiets vom Deutschen Reich geht. Die sogenannte öffentliche Meinung wettet gelegentlich gegen den französischen Vertragsbruch, der sich in letzter Linie ja doch auch gegen England kehren muß; Lloyd George wird nicht müde, in deutschen und anderen Zeitungen Poincarés hinterlistiges Werk anzuklagen, an dem er selbst reichlich mitschuldig ist, die englischen Arbeiterführer verdammen da und dort die übermüde Friedensstörung, nur wenn es sich um die Hilfeleistung für Deutschland handelt, werden auch sie merkwürdig kühl — eine neue Warnung für die deutschen Arbeiter, Hoffnungen auf den Internationalismus zu setzen; er ist immer bei der Hand, wenn es gegen Deutschland geht, aber für Deutschland — da sucht man ihn vergebens. Die englische Regierung aber kümmerl sich den Teufel um ihre „öffentliche Meinung“. Sie will es mit Frankreich nicht verderben, mag es zehnmal den Vertrag brechen und gegen ein waffenloses Volk wüten. England hat in der letzten Woche allein 134 Millionen Tonnen Kohlen mehr verkauft als in der Vorwoche und das genügt. Etwas anderes als ein Geschäft war der Weltkrieg gegen Deutschland auch nicht, und solange England bei dem Einfall ins Ruhrgebiet auch kein Geschäft macht, will es sich um Kleinigkeiten wie den Vertragsbruch nicht kümmern. Wobei allerdings zu beachten ist, daß Deutschland erst am Anfang des Kampfes um das Ruhrgebiet steht und die durch einen ausdauernden Abwehrkampf zu schaffenden politischen Tatsachen erst beginnen, wirksam zu werden.

Die amerikanische Regierung scheint sich über-



rasch leicht mit der vollen Tatkraft des Ruhemarsches abgefunden zu haben; die erhobenen Proteste sind plötzlich verstummt. Der Widerwille, sich wieder in europäische Verwicklungen hineinziehen zu lassen, scheint die wirtschaftlichen Bedenken überwunden zu haben. Freilich hat eines der einflussreichsten Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses, Senator Borah, den französischen Nachzug in einer öffentlichen Erklärung so scharf gekennzeichnet wie es kaum von deutscher Seite geschehen ist. Er nannte ihn eine „Gefährdung des Weltfriedens“ und eine „Beleidigung der Menschheit“, und er sagte gerade heraus, was wir an anderer Stelle auch betont haben: die Untätigkeit der Regierung der Vereinigten Staaten sei schlechthin unehrenhaft. Deutschland habe im blinden Vertrauen auf die 14 Punkte Wilson sich ergeben; amerikanische Truppen haben die Waffenstreckung erst möglich gemacht. Amerika habe daher die Mitverantwortung für eine Behandlung Deutschlands wie sie von zivilisierten Siegern zu erwarten sei, nicht von Wilden. Borah spricht für einen Teil der Amerikaner, der zu sehends an Umfang wächst. Ob seine Stimme bei der amerikanischen Regierung mehr gehört werden wird als die Lloyd Georges bei der englischen, muß abgewartet werden.

Wir Deutsche aber klagen die englische und die amerikanische Regierung an, daß sie, die immer auf peinlichste Einhaltung des Friedensvertrags durch Deutschland drängen, den Franzosen jede eigenmächtige Verletzung des Vertrags gestatten. Für sie als Mitunterzeichner müßte es, wie Borah richtig jagte, Ehrensache sein, dem Unrecht zu wehren, denn es beschmüht ihre Ehre als Volk und Staat. Gegen Frankreich selbst mit Vernunft- und Rechtsgründen aufkommen zu wollen, ist bei dessen Berrantbeit natürlich ganz nutzlos. Die Ket und Weise, wie Poincaré die amtlichen Proteste der deutschen Reichsregierung gegen die französischen Mordtaten in Poitiers und Langendree, gegen die willkürlichen Verhaftungen und Ausweisungen deutscher Beamten und anderer den Franzosen mißliebigen Persönlichkeit abgeben hat, ist einfach empörend und zeigt, wie es um das Recht und Rechtsgelübte bestellt ist, das Poincaré immer im Munde führt. An die schlimmsten Zeiten eines Melac und Napoleon gemahnt das Schauspiel des Kriegsgesichts, das in Mainz über sechs dorthin verschleppte Großindustrielle und einige hohe Beamte das Urteil wegen „Behorhamsverweigerung“ gegen die Befehle der französischen Behörde gefällt hat. Mit den bei den französischen Kriegsgesichts im besetzten Gebiet sonst üblichen schweren Freiheitsstrafen magte man sich an die mannhaft dastehenden Angeklagten nicht heran. Schuldgründe hatte man überhaupt keine, weil die ganze Anklage auf einer gefälligen Auslegung des Friedensvertrags aufgebaut war, die Schuld lag also nur auf französischer Seite; dagegen verhängte das Gericht Geldstrafen von insgesamt 428,5 Millionen Mark — ganz nach der Menge der auferlegten, aber auf Befehl der Reichsregierung verweigerten Kohlenlieferung! Ein verräterischer Urteil ist wohl selten gefällt worden. Die beiden Beamten wurden zu je 1 Jahr Gefängnis verurteilt; sie hatten ihrer Regierung gehorcht, nicht dem feindlichen General Degoutte. Willkür statt Recht.

Es muß angeführt werden, daß den Verurteilten von der Mainzer Bevölkerung ein wahrer Triumph bereitet wurde; für die Franzosen soll es in selbiger Nacht verschiedenes Blüße abgesehen haben, was den Kommandanten veranlaßte, die Mainzer Polizei als „unzuverlässig“ seiner eigenen Gewalt zu unterstellen. Die Reise der Verurteilten nach Köln glich einem Triumphzug; unter den 100 000 Glückwünschenden befanden sich auch — die englischen Offiziere der Kölner Besatzung, die wohl nur mit stiller Wut sich dem Befehl Bonar Law's gefügt hatten, bei der Verhaftung und Ausweisung des Präsidenten des Kölner Landesfinanzamts, von Langenauer, mitzuwirken. Auch von den französischen Offizieren sollte man annehmen, daß sie sich schämen, an dem von der französischen Regierung ihnen zugemuteten Räuberleben teilzunehmen, wenn sie noch einen Funken von Ehrgefühl in der Brust tragen.

Es erübrigt sich, über die weiteren Gewalttaten in dem

schwergeprüften Ruhrland zu berichten. Was ist zu erwarten, wenn von Paris aus in die Mäster des übrigen Auslands Nachrichten gebracht werden. Deutschland stelle ein großes Heer unter Ludendorff's Befehl auf, um über die Franzosen herzufallen! Selbst ein Franzose, Herriot, konnte sich nicht enthalten, seiner Regierung den Rat zu geben, sie möge es mit ihren Vägen nicht gar zu arg treiben. Daß die Ermordung eines Gefolgsmanns Poincaré's, Plateau, durch eine junge Anarchistin in Paris sofort als deutsche Arbeit verdächtigt wurde, versteht sich wohl von selbst. Der Täuschung dient auch der neuerschundene Entschädigungsgesetzplan Poincaré's und Barthous: Deutschland soll eine „Zahlungsfrist“ von zwei Jahren erhalten, aber 1. Rheinland und Ruhrland bleiben besetzt, 2. Frankreich fährt fort, alles Staats- und Gemeindegut dafelbst inzuwischen auszubenten, die Kohlensteuer, die Rheinzölle und die Ein- und Ausfuhrabgaben einzuziehen, 3. Deutschland hat eine innere Anleihe von 3 Milliarden Goldmark (nach heutigem Geldwert etwa 1500 Milliarden Papiermark) aufzulegen und davon 2½ Goldmilliarden sofort an Frankreich abzuführen, 4. Deutschland hat zwangweise eine Reihe von Monopolen einzuführen, sie zu verpachten und einen Hauptteil davon natürlich an Frankreich zu zahlen. — Das soll eine „Zahlungsfrist“ sein, und mit solchen Vorschlägen magt man den Verbündeten den guten Willen und die weise Mäßigung Frankreichs zu beweisen! So etwas hätte sollen Deutschland 1871 probieren! Stellen in seiner zweideutigen Haltung glaubte in den genannten Vorschlägen das Gesicht der Vorschläge Mussolini wieder zu erkennen; in England scheint man sich doch ein bißchen zu schämen.

Die deutsche Reichsregierung und wir alle wissen, daß wir in dem Abwehrkampf gegen die französische Vergewaltigung vorläufig ganz auf uns selbst gestellt sind. Die Vermittlung einer andern Seite, von der kürzlich in einer Regierungserklärung die Rede war, taugt nicht viel; erst recht vorsichtig müssen wir sein, wenn sie, wie es heißt, von Mussolini angeboten worden sein sollte. Vermittlung und Verhandlung kann es für Deutschland erst geben, wenn der letzte Franzose und Belgier das Ruhrgebiet verlassen hat. Sonst sind wir doppelt verloren. Der Kampf muß mit den feitherrlichen bewährten Mitteln fortgeführt werden, und er ist aussichtsreich, wenn die Ruhrbevölkerung und das ganze Reich mit der Regierung standhaft bleiben. 7000 Tonnen Kohlen haben die Franzosen bisher nach Frankreich gebracht — ein klägliches Ergebnis, das sie nun veranlaßt, aus Frankreich, Belgien, Italien, Tschechien und natürlich — Polen Eisenbahner und Kohlenarbeiter nach dem Ruhrgebiet zu ziehen. Die werden schauen! Die Franzosen aber auch, denn der Versuch wird sehr teuer und sehr kläglich sein trotz des Besatzungsheers, das auf 200 000 Mann gebracht und dem als besonders rücksichtslos gepriesenen General Wegand mit unumschränkter Vollmacht unterstellt werden soll. — Aushalten, dann beissen sie auf Granit. Unseren wackeren Westfalen aber müssen wir alle unter die Arme greifen, sie kämpfen und leiden für uns. Wer etwas für sie zu geben hat, der gebe. Schon sind Hunderte von Millionen gesammelt. — Milliarden müssen es werden. Die deutschen Landwirte haben schon Wagen um Wagen mit Lebensmitteln nach dem Ruhrgebiet gesandt. Es ist die Gegend, wo einst Quintillianus Varus, als die Römer froh geworden, mit seinen Legionen von Armin, dem Befreier, vernichtet worden ist.

Deutscher Reichstag

Berlin, 25. Januar.

Die Sitzung beginnt nachmittags um 2 Uhr. Präsident Lobe verliest zunächst Sympathiegramme aus dem Reich, vom Tiroler Landtag, von der Stadtverwaltung Graz und von den deutschen Abgeordneten des italienischen Parlaments anlässlich der französischen Ruhrbesetzung. (Lebhafte Beifall.)

Das deutsch-amerikanische Abkommen über die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der amerikanischen Ansprüche

aus dem Verfallener Vertrag wird in allen drei Lesungen angenommen, desgleichen der Gesetzentwurf über die Eintragung von Schiffspländern in ausländischer Währung. Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wird in die

erste Beratung des Haushalts für 1923

eingetreten.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes führte aus: Der Haushalt des Reichs steht unter dem Druck, daß die Ausgabenposten der Markentwertung viel schneller folgen als die Einnahmen, und leidet weiter unter der Unsicherheit der Zahlen, so daß er deshalb nur den Wert eines Programms hat. Der außerordentliche Haushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 66 Milliarden ab. Die Post hat einen Anleihebedarf von 82 Milliarden Mark. Die Eisenbahn hofft, ihren Fehlbetrag ausgleichen zu können. Der Grund für das Vorgehen Frankreichs ist der Plan des französischen Großkapitals, mit Gewalt eine Vereinigung von Eisen, Erz und Kohlen unter französischer Führung zu erzwingen.

Wir werden diesem Gewalttät mit allen Mitteln unseren Widerstand entgegenstellen. Die Regierung wird dem Reichstag demnächst eine größere Kreditforderung unterbreiten zur Beseitigung der wirtschaftlichen Schäden der Ruhrbesetzung. Die ohnehin schon knappen Lebensmittel sind durch das französische Militär vielfach beschlagnahmt worden. Unter Volk wird zu einer Einschränkung der Lebenshaltung und zur Abkehr vom Luxus genötigt sein. Dieser Notwendigkeit wird die Regierung durch ein Notgesetz Rechnung tragen. Wir werden auch dem zusammenbrechenden Kleinstrentner Hilfe leisten müssen. Die französische Gewaltpolitik trägt die Schuld daran, daß wir in diesen furchtbaren Zustand hineingeraten sind. Die deutschen Angebote sind von Frankreich zurückgewiesen und zuletzt gar nicht mehr beantwortet worden. Wir wollen Entschädigung leisten bis zur Grenze der Möglichkeiten, aber nicht unter. Der Zwang der Situation. Die bisherige Erfüllungspolitik hat den Erfolg gezeitigt, daß Frankreich jetzt allein steht und das ganze deutsche Volk in der Abwehr der französischen Gewaltpolitik einig ist. Der Redner dankt den Beamten für ihr tapferes Verhalten. Einigkeit und Geschlossenheit ist jetzt das Gebot der Stunde. Je besonnen er wir auftreten, um so stärker werden wir sein in dem Beweis, daß Bajonette und Maschinengewehre als Verhandlungsinstrumente im wirtschaftlichen Leben von uns ein für allemal abgelehnt werden. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen, auch auf dem Tribünen.)

Abg. Wels (Soz.): Die Schuld, daß wir heute wacker denn je vom Frieden entfernt sind, trägt die wirtschaftliche Gewalt in Frankreich. Mithilflich sei unsere verbraucherfeindliche Steuerpolitik, die nur von den Lohn- und Gehaltsempfängern pünktlich die hohen Steuern einfordert, während die besitzenden Kreise erst zu zahlen brauchen, wenn das Geld bereits entwertet ist. Dadurch werde im Ausland der Eindruck hervorgerufen, daß Deutschland nicht zahlungswillig sei. Die „Erfassung der Sachwerte“ sei der beste Weg zur Gesundung der Reichsfinanzen. Die sozialdemokratische Partei werde an der Erfüllungspolitik festhalten und lehnt jede Gemeinschaft mit Parteien oder einer Regierung ab, die aus dem vertragswidrigen Eindruck der Franzosen die Befreiung von allen Lasten des Friedensvertrags herleiten wollen. Die Kritik des Auslands richte sich gegen den französischen Militarismus. Es würde sich sofort gegen uns wenden, wenn Männer wie Ludendorff und Helfferich an die Spitze der deutschen Abwehrhandlung treten würden. Es sei bedauerlich, daß zwischen den Nationalsozialisten und gewissen Stellen der Reichswehr Beziehungen bestehen. Gegen Bücher und Preistreibeerei müsse durch gesetzliche Maßnahmen rücksichtslos eingeschritten werden.

Abg. Koch-Weber (Dem.) gibt im Namen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei die Erklärung ab, die der Regierung die Billigung ihrer auswärtigen Politik ausspricht und innere Geschlossenheit des Volks und der Parteien verlangt. Das Haus vertagt sich darauf auf Freitag 2 Uhr.

Vom Kriegsschauplatz

Ausweisungen und Verhaftungen. Erregung im Rheinland Mainz, 26. Jan. Polizeidirektor Frohmann und Po-

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

(Nachdruck verboten.)

39. Natürlich hatte ihn die Erinnerung bald eine Brücke, welche sie in die unerwartet trübige Gegenwart wie auf ein mitten im Strome liegendes Land führte und ihnen jenseits das Gestade der Zukunft zeigte, schön und klar wie einen beginnenden Frühlingmorgen voll Blätterrauschen und Blütenduft.

Dennoch waren es die Gedanken an die Zukunft, welche an dem so sonnenheitern Horizont rasch einige Wolken des Unmuts und Zwiespalts emporsteigen machten.

Engert wollte durchaus nichts davon hören, als Bildl von ihrem Einzige auf dem Himmelmoos und von der Art begann, wie sie ihre Haus- und Heimweisen dort einrichten würden; bei der bloßen Erwähnung schrak sie in Bildl's Armen schauernd zusammen und suchte sich von ihm los zu machen. „Nein, nein,“ rief sie, „das mußt Du mir verlangen von mir. Ich glaub' jetzt an Dich, Bildl, und tät' meine Hand für Dich in's Feuer legen, daß Du unschuldig bist, aber die Leute, die Leute glauben's nit. Ich hab's oft genug hören müssen in meine eigene Ohren hinein, daß sie's nit glauben. Der Verdacht tät' auf uns liegen bleiben, wie wenn man ein Zeichen in einen Baum einbrennt; sie täten mich und Dich von der Seiten und über die Achsel anschauen — verlang' von mir, was Du willst, Bildl — nur das nit! Das tät' ich nit aushalten.“

„Aber wie kommst mir denn vor!“ sagte Bildl erschaut. „Was sollten wir denn sonst tun?“

„Wie Du fragen kannst!“ erwiderte sie. „Was ich allein hab' tun wollen, das tun wir miteinander — wir wandern aus; wir gehn über's Meer.“

„Was fällt Dir ein!“ rief Bildl in unverhohlenem Unmut und wollte sich erheben. „Da mußt' ich das

Himmelmoos verkaufen, den Brachtshof, wo ich daheim bin, wo mein Vater gehaut hat, mein Ahal und —“

Das Mädchen zog ihn schmeichelnd auf die Betbank zurück und flüsterte mit ihrem zärtlichsten Tone: „Das wirst tun müssen, Bildl, aber hast Du's denn nit schon tun wollen? Weißt Du's noch, wie wir auf dem Rain bei der Hundelapellen gesessen sind — weißt Du's noch, was Du damals geredet hast?“

„Ich hab's nit vergessen, aber das war etwas ganz anderes. Dazumal hab' ich so geredet, um dem Unrecht auszuweichen, das mir der Vater hat antun wollen. Jetzt will man mir wieder Unrecht tun und mich von Haus und Hof treiben — das leid' ich nit; ich will mich nit zwingen lassen, jetzt ebenso wenig, wie dazumal.“

„Das ist nit Dein Ernst — das kann nit Dein Ernst sein.“ sagte das Mädchen und haschte nach seiner wie drohend erhobenen Hand.

„Und warum kann es nicht sein?“ erwiderte er, sich unanständig losmachend. „Ich kann wohl und muß sogar — ich muß sogar aus demselben Grunde, aus welchem Du mich forthaben willst. Wenn ich ging', würden alle Leute jagen, daß ich mich fürchte, daß mein Gewissen mir keine Ruhe ließ aus dem Hof, bleib' ich aber ruhig, dann müßten sie es mit Händen greifen, daß ich mich nicht fürchte und daß ich keine Ursache hab', mich zu fürchten.“

„Und Du kannst doch nicht — wir alle zwei können nicht,“ begann Engert begütigend wieder. „Und wenn's auch nit wegen der Leute wär'; wir selber könnten an dem Ort, wo ein so großes Unglück geschehen ist, keine rechte ruhige Stund' haben — ich mein' es müßt' grauslich sein; wenn wir aber fort gehn, bleibt das alles im Hof zurück; wir können ein vergnügtes und glückliches Leben führen, wo man uns nit kennt, wo wir zwei allein sind, allein mit unserm Herrgott und unserm guten Gewissen. — Du mußt' Dich nicht in den Trug hinein-

reden,“ fuhr sie, sich an ihn schweigend, fort. „Du hast denselben Trug in Dir, wie Dein armer Vater.“

„Mein Vater,“ entgegnete Bildl, „hat nur überall sein Wort gehalten: das ist keine Schand', und das will ich auch tun.“

„Dann mußt' man sich halt besinnen, eh' man sein Wort gibt, und Du magst ein solches Weien taufen, wie Du willst — glücklich hat's Deinen Vater nicht gemacht. . . Und glück' ich,“ sagte sie hinzu, da er unmutig schwieg, „glück' ich wird es Dich auch nicht machen.“

„Ich will's darauf ankommen lassen.“

„So tu's — geh' Deinen Weg! Ich geh' dann den meinigen. Ich bin ein einfaches Mädel, das nit viel gelernt hat, aber ich hab' eine Stimm' in mir — da drinnen unterm Brustkorb; die hat mir noch nie das Unrecht eingesagt, drum will ich ihr auch jetzt folgen. Und drum sag' ich: ich geh' nicht als Bäuerin auf den Himmelmoosherhof, aber ich geh' mit Dir, wohin Du willst. Zu alle die wilden Länder, von denen ich gehört und gelesen hab'. Und wenn wir dort keinen Platz hätten und wenn ich den Aker mit den Händen umgraben müßt' — ich lass' nit von Dir.“

„Und wenn ich Dich jetzt im Ernst fragen tät' — ob Du nicht bei mir bleibst?“

„An mir ist das Fragen, nicht an Dir. — Ich hab' Dich schon gemahnt, wie wir am Tag vor dem Unglück auf dem Kapellenrain beisammen geiffen sind. Damals hast Du mir freiwillig Dein Wort gegeben, Du wolltest um mich den Hof verschmerzen und in die Welt gehn, um eine Heimat zu suchen für uns zwei — war's nicht so? Wenn ich Dich nun fragen tät', ob Du jetzt Dein Wort halten oder von mir lassen willst?“

„Engert!“

(Fortsetzung folgt.)



Agitationen sind aus dem besetzten Gebiet auszuweisen und sofort über die Grenze gedruckt worden; in Baden erließen Regierungspräsident Dr. Rombach und Oberregierungsrat v. G. B. v. n. Ausweisungsbefehl. In Trier wurde Landrat v. Daun verhaftet.

Das Post- und Telegraphenamt in Trier ist von den Franzosen besetzt. In Koblenz hat der französische Kommandant die Aufführung von „Wilhelm Tell“ im Stadttheater verboten. In der Nacht zum Donnerstag drangen junge Leute in das Gebäude des Sonderbündlerblattes „Der Rheinländer“ und „Der Republikaner“ ein. Die Fenster Scheiben wurden eingeschlagen und eine große Zahl Manuskripte vernichtet. Gestern hat sich der Vorgang wiederholt, Tische und Manuskripte wurden auf die Straße geworfen. Auch mehrere Anhänger dortens wurden die Fenster und die Verkaufstische eingeschlagen.

In Kreuznach wurden Umzüge veranstaltet und patriotische Niedergerungen. Es wurde geschossen. Der Besatzungszustand ist verhängt.

Auch in Köln wurde die Teufel-Aufführung verboten.

In Treue fest

Wiesbaden, 26. Jan. Die Rheinlandkommission hat vier höhere Beamte des Regierungspräsidiums nacheinander aufgefordert, das Präsidium zu übernehmen. Alle Beamten haben das Angebot entschieden zurückgewiesen.

Pressezensur

Nachen, 26. Jan. Sämtliche Nacher Blätter wurden von der belgischen Besatzungsbehörde auf drei Tage verboten, weil die Schriftleitungen und Verlage sich weigerten, eine ihnen in französischer Sprache zugegangene Bekanntmachung zu besorgen und unentgeltlich zu veröffentlichen.

Die französischen Fahnenflüchtigen

Berlin, 26. Jan. Die zahlreichen Fahnenflüchtigen, die ins unbesetzte Gebiet herüberkommen, sind fast lauter Kläffer, denen der Zwangsdienst im französischen Heer verhasst ist. Die französischen Soldaten erhalten im Monat einen Sold von 150 000 Mark neben ihrer freien Verpflegung. Dieses Geld bemühen viele, um sich Zivilkleider zu besorgen und das Weite zu suchen!

Französischer Uebergang in Rehl

Rehl, 26. Jan. Die französische Besatzung des Brückenkopfes Rehl hat den Bahnhof und das Hafengebiet besetzt. Die Beamten und der Betriebsrat erklärten, daß sie die Arbeit niederlegen werden, wenn die Besatzung nicht aufgehoben werde. Darüber wird mit dem Kommandanten noch verhandelt. Auf dem Zollamt erschienen ferner französische Beamte und verlangten die Rassenklüssel, um Einsicht in die Bücher zu nehmen. Die Schlüssel wurden verweigert. Nachmittags kamen sie in großer Zahl wieder und nahmen nun eigenmächtig Einsicht in die Bücher, aus denen sie sich Aufzeichnungen machten. Ins Zollamt wurden französische Posten gelegt.

Britischer Kabinettsrat zur Ruhrbesetzung

London, 26. Jan. Wie die Blätter melden, hat Bonar Law mehrere Kabinettsitzungen abgehalten, um die französische Besetzung des Ruhrgebiets zu besprechen. Es werde die Frage erwogen, ob die englischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen seien, da das Vorgehen Poincarés und die von ihm beabsichtigte Postrennung des Ruhrgebiets von Deutschland den ursprünglichen Plan weit überschritten habe und unmittelbar die englischen Interessen bedrohe. Diese Bedrohung könne nicht länger ertragen werden. Allgemein sei man überzeugt, daß die französischen Maßnahmen fehlerhaft seien. Die Verträge der französischen Regierung seien weniger befriedigend als unmittelbar nach dem Abbruch der Pariser Konferenz. Diejenigen Minister, die zugleich Unterhausmitglieder sind, seien für Zurückziehung der englischen Truppen, diejenigen, die Oberhausmitglieder sind, seien für deren Verbleiben in Köln. — Kriegsminister Derby hatte eine längere Besprechung mit Bonar Law.

Neue Nachrichten

Das Beamtenrätegesetz

Berlin, 26. Jan. Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wurde das Beamtenrätegesetz weiter beraten. Hauptgegenstand der Verhandlungen bildeten die Aufgaben und Befugnisse der Beamtenräte. Von der Sozialdemokratie waren dazu zahlreiche Anträge eingebracht worden, die von der Regierung als weit über das Ziel hinausgehend bezeichnet wurden. Im Verhältnis zu diesen Forderungen erscheine das Betriebsrätegesetz direkt als „reaktionär“. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, daß die Beamtenvertretungen die Aufgabe haben, die gemeinsamen und persönlichen Dienstangelegenheiten der Beamten bei dem Dienstvorgesetzten wahrzunehmen, nämlich: Anregungen und Anträge der Beamten, die sich auf die Dienstangelegenheiten allgemeiner Art beziehen, entgegenzunehmen und bei dem Dienstvorgesetzten zu vertreten, Meinungsverschiedenheiten der Beamten untereinander beizulegen, auf die Bekämpfung von Unfall und Gesundheitsgefahren zu achten, Anregungen für Wohlfahrtsanstaltungen zu geben. Die Beamtenräte haben u. a. das Recht der Mitwirkung bei der Aufstellung von allgemeinen Vorschriften des Dienstbetriebs, bei Wiedereinstellung strafweise Entlassener, bei Unfalluntersuchungen, bei Verletzungen in den Ruhestand, Entlassungen, Urlaubsverweigerungen, bei Unterstützungsgesuchen usw. Ferner wurde festgesetzt, daß der Beamterrat gutachtlich zu hören ist bei Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans, sowie bei Vorschlägen zum Haushaltsplan, soweit persönliche Angelegenheiten der Beamten berührt werden. Angenommen wurde ferner eine Bestimmung, nach der die Beamtenträte einen Beamten bezeichnen können, der bei den Beamtenprüfungen zum stimmberechtigten Mitglied der Prüfungskommission zu ernennen ist. Auf wissenschaftliche Prüfungen soll diese Bestimmung jedoch nicht angewandt werden. Bei der Zusammensetzung der Beamtenträte sind die verschiedenen Besoldungsgruppen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Wahlordnung.

Die Friedenskonferenz schläft ein

Lausanne, 26. Jan. Somed Pascha erklärte, wenn Lord Curzon nach London zurückkehren wolle, so werde auch er

mit der türkischen Vertretung nach Angora abreisen, und wie die Verbündeten, nur einen Vertreter in Lausanne zurücklassen.

Württemberg

Stuttgart, 26. Jan. Der Finanzausschuß des Landtags nahm einen Antrag an, der die Regierung ermächtigt, der Württ. Volksbühne innerhalb des Rahmens der künftigen Reichszuschüsse (bisher 11,4 Millionen Mark) diejenigen Zuschüsse zu leisten, die zur Fortführung eines beschränkten Betriebs für die laufende Spielzeit notwendig sind und darüber hinaus nach Bedarf einen Zuschuß bis zu 4 Millionen Mark (unter Einrechnung der bisher verwilligten Vor- und Zuschüsse) zu geben. Die Regierung soll dahin wirken, daß die Volksbühne mehr als bisher aus eigenen Kräften und unter Inanspruchnahme privater Hilfe sich erhalte. Für die Württ. Hochschule für Musik kann die Regierung auf Rechnung und im Rahmen der künftigen Reichszuschüsse gemäß dem Finanzausgleichsgesetz Zuschüsse zur Aufrechterhaltung des Betriebs leisten und darüber hinaus einen Staatszuschuß bis zu 1 Million leisten unter der Voraussetzung, daß die Stadt Stuttgart einen gleichen Beitrag leistet. Der Beitrag für den Verein zur Förderung der Volksbildung wurde etwas erhöht. Ein Zentrumsantrag, eine entsprechende Summe für die kathol. Volksbildungssperre zu bewilligen, wurde abgelehnt, nachdem der Kultminister auf die weittragenden Folgen aufmerksam gemacht hatte. Man würde dann gleiche Forderungen des Evang. Volksbunds, der Gewerkschaften usw. nicht abweisen können. Der Minister erklärte, daß seitens des Staats alles geschehen werde, um das gefährdete Königin-Charlotte-Gymnasium (für Mädchen) und die Frauenschule in Großsachsenheim zu erhalten. Der Beitrag für das Auslandsinstitut wurde auf 800 000 M. erhöht.

Der Ausschuß für innere Verwaltung hat einen Gesetzentwurf angenommen, der das Reinigen, Begießen und Bestreuen der Straßen bezm. die Kosten hierfür den Eigentümern ganz oder zum Teil auferlegt, angenommen.

Stuttgart, 26. Jan. Die Straßenbahn fährt weiter. In der gestrigen Gemeinderatssitzung wurde einstimmig ein von den Sozialdemokraten eingebrachter Antrag angenommen: Der Gemeinderat spricht sich grundsätzlich für die Fortführung des Straßenbahnbetriebs aus unter Berücksichtigung eines vorliegenden Einschränkungsplans. Der weitere Antrag von derselben Seite, die Bürgerschaft für ein bei der Stadt. Strokarasse aufzunehmendes Darlehen bis zu 40 Millionen Mark zu übernehmen, wurde mit 34 gegen 26 Stimmen angenommen. Dafür waren die Sozialisten, Zentrum und zwei Demokraten. Da die Straßenbahn die verlangte Ueberbrücke ablehnt, wird der Betrieb so eingeschränkt, daß ebenso viel Personal entlassen werden kann, wie es durch die Ueberbrücke möglich geworden wäre.

Von Gemeinderat Dr. Döhlinger, Frau Giese und Fr. Josenhans wird der vom Gemeinderat bereits einmal abgelehnte Antrag, die Volkshochschule auf 11 Uhr vorzuziehen, noch einmal eingebracht, nachdem in ganz Preußen die Volkshochschule auf 11 Uhr festgesetzt worden ist.

Stuttgart, 26. Jan. Neuer Verein. Anlässlich des von der Württ. Landwirtschaftskammer im Herbst in Stuttgart und Ulm abgehaltenen Vortragskurses wurde ein Verein zur Förderung der Grünlandwirtschaft in Württemberg gegründet. Nach Erläuterung von Zweck und Ziel des Vereins durch den Vorstand der Abteilung Pflanzenbau der Landwirtschaftskammer, Dekonomierat Dr. W. B. Traien, trat sofort 89 Landwirte dem Verein als Mitglieder bei. Die Geschäftsführung hat die Abteilung Pflanzenbau der Württ. Landwirtschaftskammer übernommen. Der württ. Grünlandverein wird sich dem deutschen Grünlandbund mit dem Sitz in Steinach bei Straubing anschließen. Das Organ des Vereins sind die Blätter für Gütereform.

Stuttgart, 26. Jan. Erhöhung der Fleischpreise. Das städt. Nachrichtenamt teilt mit: Die Stuttgarter Metzgerinnung hat die Fleischpreise je für ein Pfund mit sofortiger Wirkung wie folgt festgesetzt: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 1800 M. (1600 M.), Rindfleisch 2. Güte 1580—1580 M. (1400—1440 M.), Kuhfleisch 1. Güte 1260 bis 1320 M. (1080—1120 M.), Kuhfleisch 2. Güte 980—1040 M. (800—920 M.), Kalbfleisch 1540—1580 M. (1400—1440 M.), Schweinefleisch (unverändert) 2400 M., Hammelfleisch 1600—1620 M. (1160—1180 M.), Schafffleisch 1300—1360 M. (980—1040 M.).

Der Milchpreis im Kleinverkauf wird sich nach der bereits gemeldeten Erhöhung des Stallpreises auf 190 Mark und 10 Mark Vorkaufszuschlag nunmehr auf 360 Mark das Liter (bisher 240 Mark) stellen. Zur Verbilligung der Kindermilch hat die Stadt Stuttgart aus dem Reichszuschuß einen Betrag von 30 Millionen Mark erhalten.

Höchstpreise für Zucker. Für den Kleinhandel mit Verbrauchsziuder (og. Rundzucker) werden für den Monat Januar folgende Höchstpreise festgesetzt: für Kristallzucker 400 M., für Sandzucker 420 M., für Würfelzucker 425 M., für Brotzucker (Zuckerhüte) ohne Verpackung gewogen 420 Mark je Pfund. Die Kleinhandler (mit Ausnahme derjenigen in der Stadt Stuttgart, sowie in den Oberämtern Stuttgart-Umt, Cannstatt und Heilbronn), die mit Zucker aus den Fabriken Stuttgart-Cannstatt und Heilbronn beliefert werden, sind berechtigt, zu den vorstehenden Preisen die entstehenden Bahnfrachtkosten von den Zuckerarbeiten bis zu der ersten Empfangsstation des Großhändlers aufzurechnen.

Eßlingen, 26. Jan. Leichenfindung. Der 35 Jahre alte Fabrikpfortner Gotthilf Rüdinger, der seit Samstag nachmittag vermißt wurde, wurde beim großen Weh als Leiche aus dem Neckar gezogen. Rüdinger ist wohl auf der Suche nach dem ihm entglittenen Stock in den Neckar gestürzt.

Schwemmungen, 26. Jan. Einbruch. Nachts sind zwei Schauläfen der Firma S. G. Stähle durch Nachschlüssel geöffnet und ihres Inhalts im Wert von 220 000 M. beraubt worden.

Stuttgart, 26. Jan. Keine Räder. Wohnungsbau te n mehr. Um die begonnenen Wohnungsbauten zu Ende zu führen, bewilligte der Gemeinderat 147 Millionen Mark, er beschloß aber zugleich, für 1923 auf weitere Baupläne zu verzichten.

Einbruchdiebstahl. Aus einem Aussteuergeschäft in der Gartenstraße wurden nachts Waren im Wert von mehreren Millionen Mark gestohlen.

L. C. Sammlung für das Ruhrgebiet. Die Württ. Landwirtschaftskammer, der Verband Landm. Genossenschaften, der Schwäbische Bauernverein und der Landwirtschaftliche Hauptverband sind übereingekommen, unter den Landwirten Württembergs gemeinsam eine Hilfsaktion für die Deutschen im Ruhrgebiet einzuleiten.

L. C. Postpreise. Auf Grund der neuen Postgesetzgebung nimmt der thüringische Staat als Postsumme für seine 110 Staatsgüter für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis zum 30. Juni 1923 300 Millionen Mark gegen 2 1/2 Millionen Mark im Jahre 1921—22 ein.

Der Viehstand Württembergs. Am 1. Dezember 1922 ergab sich in Württemberg ein Bestand an Pferden von 103 921 Stück (1. Dez. 1921 104 590), Rindvieh 983 456 (982 851), davon Milchkühe 472 719 (480 640), Schafe 260 128 (268 080), Schweine 440 212 (469 208), Ziegen 144 339 (146 337), Geflügel 3 302 572 (3 225 704).

Waldsee, 26. Jan. Zeitgemäßer Funderlohn. Für einen im Eisenbahnzug von Rößberg nach Waldsee verloren gegangenen braunen Ruff ist ein Funderlohn von 1 Zentner Weizen oder 10 Pfund Butter ausgeschrieben.

Heilbronn, 26. Jan. Fabrikdiebstahl. Wegen umfangreicher Lederdiebstähle in der mech. Schuhfabrik Sontheim wurde der dort bedienstete 27 Jahre alte, hier wohnhafte Zuschneider Richard Köhle von Zein dem Gericht übergeben. Eine Menge Leder im Gesamtwert von annähernd 350 000 M. wurde wieder beschlagnahmt.

Votales.

Wildbad, den 27. Jan. 1923.

Der Kreislauf von Stoff und Kraft in der Natur war das Thema des Vortrages des Allg. Bildungsvereins am letzten Montag. Redner war Herr Medizinalrat Dr. Schöber. In stark einstudigem Vortrag erläuterte er unter Zuhilfenahme der großen Tafel im Zeichenaal (dem schönsten und hellsten, den wir je gesehen!) der Wilhelmsschule sein Gebiet. Um es gleich vorweg zu sagen: meisterhaft und so klar und deutlich, daß es auch einem Laien ohne jegliche Vorkenntnis einsehen mußte. Eingangs wurden einige Beispiele, so der Kreislauf des Wassers, erörtert, dann die Fragen beantwortet: was ist Stoff, was Kraft im naturwissenschaftlichen Sinn. Sein Atom-Stoff geht im Weltall verloren; und Stoff setzt die Materie in Kraft um. Stoff, Kraft und physisches, also organisches Leben ist von einander untrennbar. Und ohne Sonne, das heißt ohne Licht keine Kraft. Ohne Licht kein Leben! Das organische Leben steht und fällt mit dem Vorhandensein von Licht. Es allein ist es, welches die Grundstoffe der unbelebten Natur, die sogenannten Elemente, die die Pflanzen aufnehmen, innerhalb dieser in andere Stoffe umarbeitet. Zwar sind es die gleichen Grundstoffe geblieben, aber die Pflanze hat sie in anderer Anordnung, in anderer Aneinanderlegung der Bestandteile zu anderen chemischen Körpern umgemodelt. Das freilich ist nur möglich durch das Blattgrün oder Chlorophyll. Die Pflanze nimmt also gewisse Grundstoffe aus der unbelebten oder anorganischen Natur auf dem Erdreich dem Gestein, der Luft, dem Wasser usw.) und verwandelt sie mit Hilfe des Blattgrün in Stoffe der belebten Natur oder in organische Stoffe. Diese chemischen Wunderwerkstätten befinden sich in den grünen Blättern der Pflanzen. Allein an dem Nachweis dieser ungeheuer komplizierten Vorgänge haben Millionen Schweißtropfen namentlich deutscher Gelehrter. Doch sie machten hier nicht halt. Weiter ging (und geht) die wissenschaftliche Schürfarbeit durch Generationen in rastlosem deutschgründlichem Streben. Die Hörer erfuhren aus dem Mund des Vortragenden, welche weitere Wandlungen die durch das Blattgrün geschaffenen höherwertigen chemischen Erzeugnisse oder Urstoffverbindungen in dem Körper der reinen Pflanzenfresser erfahren; teilweise ein Auseinanderfall, dem Wiederaufbau, doch in anderer Zusammenfügung folgt, wie es für das Tier nötig ist. Es ist abermals ein Naturvorgang, der darin gipfelt, daß der Stoff an sich bleibt; er tritt nur erneut und in anderer Form oder Zusammenfügung in die Erscheinung. Und so geht der Kreislauf des Stoffes, der Kraft und Leben bedingt weiter. Aus dem Körper des reinen Pflanzenfressers gelangt der Stoff in den der Fleischfresser und in den des Menschen. Ein ewiger Kreislauf, ein stetes sich Neu- oder Umbilden; Immer sind es die gleichen Urstoffe, die in stets neuen chemischen Verbindungen sich umbilden, Leben gebährend; das ist: Wärme, Kraft, Bewegung. Undenkbar ohne das Blattgrün, das Chlorophyll. Erlöscht das Leben der Pflanze, des Tieres, des Menschen, tritt, um es mit anderen Worten auszudrücken der organische Tod ein, dann beginnt der Verfall. — In der heiligen Schrift heißt es: Der Körper wird wieder zu Asche. Die Naturwissenschaftler drücken das in ihrer Berufssprache mit Zerfall, Zersetzung aus. Die hochwertigen und kompliziert aufgebauten organischen Stoffe werden abgebaut; nichts geht verloren in der Natur, auch das letzte Atom Stoff bleibt erhalten. Aus den hochwertigen organischen Verbindungen entstehen weniger kompliziert zusammengesetzte. Diese zerfallen weiter, um sich endlich wieder, auf unmittelbarem oder erst mittelbarem Wege wiederum zu zerlegen, und zwar in die Urstoffe selber, in die Stoffe der unbelebten Natur, deren richtigste sind: Sauerstoff, Stickstoff und Kohlenstoff. Ein ewiger Kreislauf des Stoffes, unabänderlich und gesetzmäßig, göttlich, ein dauerndes Aufbauen, Sichentwickeln, Gebären von Neuem und ein Abbauen, Zerlegen, Sterben, um immer und immer wieder von neuem in Kreislauf zu beginnen. Ohne Chlorophyll keine hochwertigen organischen Stoffe; ohne Licht kein Chlorophyll; ohne Sonne kein Licht. Um das Verständnis der Hörer weiter zu fesseln, ging Herr Dr. Schöber noch in Einzelheiten ein, die hier wiederzugeben zu weit führen würde. Es war der lehrreiche Vortrag eines geborenen Redners. Im Anschluß hieran bittet der Allg. Bildungsverein um gest. Beachtung seiner Anzeige in der heutigen Ausgabe.

Vorsicht in der Annahme von Städtgeld. Die Inhaber von Städtgeld, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die öffentlichen Kassen solches nur noch bis einschließlich 31. Jan. in Zahlung nehmen bzw. eintösen.

Zeichnet für die Ruhrhilfe!

Letzte Nachrichten.

Verhaftung des Düsseldorf-Bürgermeisters.

Düsseldorf, 26. Jan. Bürgermeister Schmidt, der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, ist von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet worden. Der Stadtverordnete Adams erhob namens der Stadtverwaltung sofort Einspruch. Auf die Frage, aus welchen Gründen die Verhaftung erfolgt sei, wurde keine Antwort erteilt.

Der gefährliche „Wilhelm Tell“.

Koblenz, 26. Jan. Die Aufführung von „Wilhelm Tell“ im hiesigen Stadttheater ist von der interalliierten Rheinlandkommission verboten worden. Auch in Köln wurde das gleiche Verbot ausgesprochen.

England will neue Richtlinien einschlagen?

Rom, 26. Jan. Die offiziöse Agenzia Italia läßt sich aus Paris melden, daß die englische Regierung beabsichtigt, in ihrer Stellungnahme zu den Ereignissen im Ruhrgebiet neue Richtlinien zu befolgen, um jeden Zweifel über ihre Stellungnahme im Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich zu zerstreuen.

Englischer Kabinettsrat über die Ruhrfrage.

Paris, 26. Jan. Aus London wird gemeldet: Nachrichten aus offizieller Quelle besagen, daß am Freitag das englische Kabinettsrat zusammentrat, um die Orientfrage zu prüfen und vor allen Dingen auch die Frage des Ruhrgebiets, besonders hinsichtlich der Zurückziehung der englischen Truppen von Rhein, zu besprechen.

Amerika sendet Lebensmittel.

Washington, 26. Jan. Im Weißen Hause wurde von den Beamten den Pressevertretern mitgeteilt, die Regierung erwarte einen Parlamentsantrag, in der nächsten Monaten bis zum 1. September etwa 2000 Tonnen amerikanischer Lebensmittel nach Deutschland zu senden, um den schlimmsten Folgen der Ruhrbesetzung zu begegnen. Einen solchen Parlamentsbeschluss würde die Regierung ohne Verzug ausführen.

Ausnahmezustand in Bayern

München, 26. Jan. Die bayerische Regierung hat Veranstaltungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel anlässlich des bevorstehenden Parteitags der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei in München verboten. Die Parteileitung erklärte, das sei eine Ausnahmebehandlung, die sie sich nicht gefallen lasse. Der sozialdemokratischen und kommunistischen Veranstaltungen werden keine Einschränkungen auferlegt. Sollten die nationalsozialistischen Versammlungen durch die Staatsgewalt gestört werden, so werden sie der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Die bayerische Regierung hat beschlossen, den Ausnahmezustand im rechtsrheinischen Bayern zu verhängen.

Handelsnachrichten

Dollar Kurs am 26. Jan. 23 308.10 (21 654.—). 1 Pfd. Sterl. 108 228.70, 100 holl. Gulden 917 700.—, 100 Schw. Kr. 431 418.—, 100 franz. Fr. 148 627.—, 100 Ital. Lire 110 722.—, 100 öst. Kr. 30.17, 100 tschech. Kr. 84 338.—, 100 poln. Mark 79.—.

Das Goldzollaufgeld beträgt für die Zeit vom 31. Januar bis 1. Februar 323 400 (bisher 222 300) Prozent.

Aufhebung der Einkaufssperre in der Damenkonfektion. Die von den Abnehmerverbänden gegen die Damenkonfektion gerichtete Einkaufssperre ist, wie die „Textilwoche“ erfährt, aufgehoben worden, da die Durchsetzung einer gerechten Verteilung des vorkrieglichen wirtschaftlichen Verhältnisses nicht möglich ist und die Beibehaltung der Beschränkung auf Lagerkäufe für viele Einzelhandelsfirmen eine Gefährdung ihrer Existenz bedeuten würde. Der Reichsbund des Textil-Einzelhandels hält seine Warnung vor Käufen in kursgeschwächter Mark bzw. mit Anzahlung nach wie vor aufrecht.

Der Weizenmehrspreis für Spezial 0 wurde von der Sächs. Mählendereinigung von 24,2000 S.M. für 100 Kilo erhöht.

Stuttgarter Börse, 26. Jan. Ohne weitere äußere Gründe hat die Festigkeit sich heute an der Börse in einer selbst für die heutige Zeit ungewöhnlichen Weise gesteigert. Die Kursrückgänge gingen bei den Aktienwerten über Tausende von Prozenten hinaus.

an einem Teil belassen sie sich auf 3000 zu welchem Preis sogar noch stark rationiert werden mußte. Die eingegangenen Kaufaufträge waren sehr groß, der verfügbare Material äußerst gering. Den ganzen Tag hindurch verkehrte man in sehr fester Stimmung und blieb auch zum Schluß fest. Auf dem Markt der festverzinslichen hielt die rege Tätigkeit weiter an, auch dort waren starke Erhöhungen zu verzeichnen. Von den Bankaktien zogen Vereinsbank von 4000 auf 4500 an, Bankaktien 1900, Hypothekendarbank 4010, Notenbank 13 000, Brauereiaktie: Koblenz 4600 (4700), Ehlinger 5700, Reitenmeyer 200 (5000), Hohenzollern 10 000 (8000), Wulle 7000 (5500). — Metallaktien: Feinmechanik 60 000 (55 000), Söhner 30 000 (26 000), Jungbans 21 000 (12 000), Metallwaren 19 000. — Maschinenwerte: Dalmier 6500 (8500), Laupheimer 31 000, Ehlingen ohne Angebot, Hesser 11 500 (12 000), Weingarten 16 500 (16 000), Reckartmeyer 11 300 (9000). — Textilaktien: Unterhansen 30 000 (25 000), Bielefeld 40 000 (35 000), Kolb-Schüle 28 000 (25 000), Kottner 21 000 (18 000), Kuden 15 000, Filz 18 000. Ehlingen vermochten um 5000 auf 30 000 anzukommen, ebenso Kattun auf 21 000, Leinenindustrie 24 000 (22 000). — Uebrige Werte: Anilin 25 000 (21 000), Heidelberger Zement 15 000, Köln-Rottweil 23 000 (19 500), Kramm 7500, Salzwerk Heilbronn 75 000 (60 000), Stuttgarter Zucker 14 500 (12 500), Ziegelwerke 16 000 (15 000). Württ. Vereinsbank.

Evang. Gottesdienst. Sonntag 28. Jan 9^{1/4} Uhr Predigt Stadtpfarrer Dr. Federlin 10^{3/4} Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr nachm. Christenlehre (Söhne) Derselbe. Keine Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 28. Jan. 7^{1/2} Uhr Frühmesse, 9^{1/2} Uhr Predigt und Amt, 1^{1/4} Uhr Christenlehre und Andacht. Während der Woche: 7^{1/2} Uhr hl. Messe, Montag keine hl. Messe. Beicht: Samstag nachmittags von 4 Uhr an, Sonntag früh, Werktags vor der hl. Messe. Kommunion: Sonn- und Werktag bei den hl. Messen, Montag um 6 Uhr.

Consumvereinsmitglieder

geben ihre Zuckerkarten bzw. Bestellmarken 5 bis 8 nur in ihrem eigenen Geschäft ab.

Bekanntmachung.

An die Ziegenhalter kommen nächsten Montag von vormittags 8—12 Uhr im Städt. Viehlokal Kleie zur Verteilung, auf eine Ziege kommen ca. 30 Pfund, das Pfund kostet 71 M. Die Säcke sind mitzubringen. Städt. Lebensmittelabgabe.

Konsum- u. Sparverein Wildbad u. Umgeb. e. V. m. H.

Am Sonntag, den 4. Februar 1923, nachmittags 1/3 Uhr findet im Saale zur „alten Linde“ eine

außerordentliche General-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Erhöhung der Geschäftsanteile (§ 33 Abs. 1 und 2), Abänderung der § 10 Abs. 1, § 30 Abs. 4, §§ 37 und 38 Abs. 3.
 2. Abänderung der Sparordnung; der § 2, 4, 6 u. 7.
 3. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats.
- Der Aufsichtsrat: J. A. A. Heckel.

Mieterverein Wildbad.

Sonntag, den 28. Januar 1923, nachmittags 2 Uhr im Bahnhofshotel (Eisenbahn)

Generalversammlung.

- Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht.
 2. Neuwahlen.
 3. Festsetzung des Beitrags.
 4. Verschiedenes.
- Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Der Ausschuß.

Fußball-Verein Wildbad.

Am Samstag, den 27. Januar 1923 abends 1/8 Uhr findet im Lokal z. „alten Linde“ die diesjährige

ordentliche Generalversammlung

- Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
 2. Kassenbericht.
 3. Neuwahlen.
 4. Verschiedenes.
- Um pünktliches Erscheinen und zahlreiche Beteiligung der Mitglieder wird gebeten. Der Ausschuß.

Spenden für die Ruhrländer

sind weiter eingegangen:

Stadtapothek: Ungenannt 2000, Schaeuffelen 2000, Illmann 2000, Ungenannt 1000, Dr. Frig u. Frau 5000, Angestellte der Disconto-Gesellschaft 8500, Adolf Kromer Hotel Post 3000, Frisische Hotel Post 3000, Ungenannt 1000, Dr. Schwab 3000, Hauptlehrer Pfau 1000.

Wildbader Tagblatt: B. Treiber 100, Fr. Klaz jr. 1000, Ludwig Müller 3000, Reall. Schweizer 1000, Herrn. Nig 1000, Bauinspektor Boat 1500, Frau Rieckle 1000, Stadtpfarrer Dr. Federlin 1000, Jg. Kirchlechner 10000, Bader 300, R. R. 5000.

Apothek zusammen	64 000 M.
Tagbl.-Geschäftsstelle	32 400 M.
insgesamt	96 400 M.

Gelegenheit zur Einzeichnung ist morgen vorm. von 11—12 Uhr in der Tagblatt-Geschäftsstelle gegeben. Auch die kleinste Gabe ist willkommen.

Winter-Sport-Verein. Allgem. Schneeschuh-Wettläufe

der Ortsgruppe Pforzheim 666 und des Oberen Bundesvereins des 666. Sonntag, den 28. Januar 1923.

Meldungen zur Teilnahme im Gasthof zum Ochsen. Verlosung Sonntag 8^{1/2} Uhr vorm. Rennbüro (Glashaus Sommerberg).

Preisverteilung 4 Uhr nachmittags im „Ochsen“.

Wildb. Zuschauer benötigen die Bergbahn zwischen 8 u. 1/2, 9.

- a) Zusammengefügter Lauf.
- b) Langlauf 16 km ab 9^{1/2} Uhr.
- c) Damenlauf 17 km ab 9^{3/4} Uhr. II 4 km ab 10 Uhr.
- d) Schülerlauf ab 10 Uhr.
- e) Hindernislauf ab 11 Uhr.
- f) Sprunglauf ab 12 Uhr.

Stoffe! Stoffe!

Es ist bei mir jedem die Möglichkeit gegeben, sich seine Bekleidung: Anzüge, Paletots, Schlupfer, Sport-, sowie Jünglings- u. Burschen-Anzüge, ferner jegliche Herrenbekleidung in jeder Machart anzuschaffen. — Für guten Sitz und Verarbeitung wird garantiert.

Hans Wurster .. Herren- und .. Calmbach .. Damenschneid. ..

Linden-Lichtspiele

Sonntag nachmittags 4 Uhr und abends halb 9 Uhr 11 Akte! Das Riesen-Programm! 11 Akte!

„FREIWILD“
Amerik. Sens.-Drama in 7 Akten. In der Hauptrolle die ber. amer. Darst. P. Dean

„Die Stadt ohne Lachen“
Drama in 4 Akten.

Der Reinertrag dieser Vorstellungen wird der Sammlung für die Ruhrländer-Hilfe zugeführt.

Der Allg. Bildungs-Verein Wildbad

veranstaltet als Neuerrichtung für die herangewachsene Jugend Samstag nachmittags 5 Uhr

- 1) 12 Vorlese-Stunden: Wunder d. Technik u. Wissenschaft; Großtaten hervorrag. Männer; Natur u. Kunst; Heimat; Sitten u. Gebräuche; Expeditionen nach fremd. Ländern u. d. Süd- u. Nordpol; Heiteres u. Ernstes a. d. Literatur usw. Anfang Samstag, den 27. Jan., altes Lebensmittelamt. Die ersten 2 Stunden, auch für Nichtmitgl. frei; die folg. 10 zus. 100 Mk. f. Nichtmitgl.
- 2) 12 Vorleseabende f. Erwachsene: Erzählungen; Novellen; deutsche Gauen, bes. d. Ruhrgebiet; Reisebeschreibungen; Magnetismus, Spiritismus, Suggestion; aus alt. Tagen; Gesundheitspflege; Praktisches f. Haus, u. and. Anfang Montag, den 29. Jan., 8 Uhr altes Lebensmittelamt. Die ersten 2 Stunden auch f. Nichtmitgl. frei; die folgenden 10 zus. 150 Mk. für Nichtmitglieder. Mitglieder und deren Kinder haben gegen Vorzeigen ihrer Karte freien Zutritt. Der Vorstand: Dr. WEIDNER.

Gesucht

wird tüchtig, solid, gewandt. Hotelzimmermädchen das auch servieren kann, sowie ein kräftiges Küchenmädchen. Zuschriften mit Zeugnissen sind erbeten an Carl Schmauffer, Hotel Adler, Calw

Modern. Touristen-Anzug

mit 2 Hoson (kurze u. lange) preiswert zu verkaufen. Fritz Schulmeister, Schneidemeister.

Bettwärmer

Dank! von Wwe. Kastelberger, Leutkirch, Unt. Graben 221 für Heilung eines Angehörigen dch. die Bettwärmertheater des Heiltd M. Boglamer, München, Kienzstr. 73 (Rückporto).

Dr. Bullebs Thüringer-Bruft-Tee

mit Blüten und Früchten, ein kostbares Hausmittel. A. u. W. Schmit, Med.-Drogerie.

Persil bleibt Persil
in alter bewährter Güte!
geeignet für alle Arten von Wäsche. Niemals lösel Nur in Originalpackung!
Ohne Chlor! Wascht leicht und desinfiziert. Alleinst. Hersteller: HENKEL & CIE., DUSSELDORF, auch der albewährten „HENKO“ (Henkels Wasch- und Bleich-Soda).

